

Andrea Kothen, PRO ASYL

Zum Umzug des Flüchtlingsrats Niedersachsen nach Hannover, 28.05.2016

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

liebe Kolleginnen und Kollegen vom Flüchtlingsrat Niedersachsen,

Liebe Gäste,

vielen Dank für die Einladung anlässlich des Umzugs des Flüchtlingsrats Niedersachsen in die Landeshauptstadt Hannover. Das neue Büro ist deutlich größer geworden und euer Umzug ist ja nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass der Flüchtlingsrat über die Jahre gewachsen ist – dass ihr mehr Mitglieder habt, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und vor allem erheblich mehr Zuspruch und Unterstützung aus Politik und Gesellschaft.

PRO ASYL und der Flüchtlingsrat Niedersachsen verbindet jetzt bereits seit 30 Jahren eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der Flüchtlingsrat ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft und dort immer eine Aktivposten und eine laute Stimme, die uns auch hin und wieder darauf stößt, was wir auf Bundesebene für eine Verbesserung der Situation in Niedersachsen tun können. Umgekehrt sind wir immer sehr früh und sehr gut darüber informiert, was sich hier landespolitisch bewegt und können das auch für andere nutzbar machen.

Wir befinden uns ja aktuell in einer historischen Zeit. Das, was im vergangenen Jahr geschehen ist mit der Ankunft von annähernd einer Million Asylsuchende in Deutschland (tatsächlich waren es wohl deutlich weniger), das hat auch von den „alten Hasen“ der Flüchtlingsarbeit keiner je so erlebt. Das Thema Flüchtlinge ist heute medial und in den Alltagsgesprächen ähnlich dominant und präsent wie nie.

Wenn wir 2015 die Zeit gehabt hätten, inne zu halten und zu überlegen, wo wir stehen – ich denke, dann hätten wir gemerkt, dass wir die Geschichte der gesamten Flüchtlingsbewegung der letzten Jahre kann man durchaus als Erfolgsgeschichte betrachten können:

- Beispiel Asylrecht: Mitte der 1990er Jahre hatten sogar im Krieg vergewaltigte bosnische Frauen quasi keinerlei Chance auf Anerkennung im Asylverfahren, weil man argumentierte, Vergewaltigung sei eine übliche Begleiterscheinung eines jeden Krieges. Heute sehen wir, dass die Anerkennungspraxis des Bundesamtes (bei allen ungunstigen Entwicklungen) insgesamt in vielerlei Hinsicht besser geworden ist.

Auch, was die sozialen Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Deutschland angeht, haben wir in die dicken Bretter ziemlich viele Löcher gebohrt:

- Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 2012 zum AsylbLG war ein Erfolg.
- Im Arbeitserlaubnisrecht ist in den vergangenen Jahren vieles besser geworden
- Die Residenzpflicht war Anfang 2015 weitgehend abgeschafft,
- Die über viele Jahre von Flüchtlingsräten und PRO ASYL erhobene Forderung nach einem rollierenden Bleiberecht für diejenigen, die im Asylverfahren gescheitert und trotzdem hier verwurzelt sind, ist im August 2015 erfüllt worden – wir werden sehen, wie weit das Gesetz trägt.

Dass diese Erfolge möglich geworden sind, liegt auch daran, dass es gelungen ist, in Sachen Flüchtlinge – bei allen Unterschieden – eine starke Vernetzung und enge Zusammenarbeit zwischen Organisationen hinzukriegen. Das gilt für PRO ASYL und die Flüchtlingsräte, aber auch viele Wohlfahrtsverbände, Rechtsanwälten, Gewerkschaften, Kirchen und freien Initiativen und andere, mit denen wir fachlich eng und gut zusammenarbeiten.

Leider muss man heute konstatieren: Viele langjährig und hartnäckig erkämpfte Verbesserungen sind im vergangenen Jahr, seit Spätsommer 2015, nahezu erdrutschartig wieder in Frage gestellt worden:

- Die Anerkennungspraxis und der Umgang mit afghanischen Flüchtlingen sind im Begriff, sich zum Negativen zu verändern, obwohl die Sicherheitssituation in Afghanistan heute schlimmer ist denn je und die Zivilbevölkerung überdies erhebliche Not leidet.
- Die GFK-Anerkennung von syrischen Flüchtlingen – von den Verwaltungsgerichten für Recht befunden – wird politisch in Frage gestellt, ihr unbestreitbares Recht auf Familiennachzug wird seit längerem auf dem kalten Weg der Bürokratie schlicht ausgehebelt. Neu ist die unverblünte Aussetzung des Familiennachzugs per Gesetz für die „subsidiär Geschützten“.
- Herkunftsländer wie Marokko oder Algerien sollen allen Ernstes als „sicher“ deklariert werden und so von der Bundesregierung einen Persilschein in Sachen Menschenrechte erhalten – ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich in diesen Ländern für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Wir Flüchtlingsorganisationen müssen hier wieder das individuelle Asylrecht verteidigen, wenn den Betroffenen Asylschutz systematisch verweigert wird.
- Die sogenannten Asylpakete I und II stellen die Weichen für die Einführung neuer und alter, eigentlich überwunden geglaubter Repressionen – die Folgeprobleme sind absehbar: Es wird wieder um langfristige Lagerunterbringung gehen, um verweigerter Integrationsförderung wie Nichtbeschulung von Kindern, um neue Hürden und Verbote beim Arbeitsmarktzugang, um fragwürdige Leistungskürzungen. Mit dem im März verabschiedeten zweiten Asylpaket wird es zu langen Familientrennungen

kommen und zu rücksichtslos durchgeführten Abschiebungen auch lebensbedrohlich erkrankter Menschen.

Auch das jetzt auf den Weg gebrachte so genannte Integrationsgesetz enthält neben ein paar Verbesserungen vor allem viel Repression:

- So ist zum Beispiel die geplante Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge offenkundig rechtswidrig, weil sie diskriminiert, sie wird aber wohl dennoch erstmal Gesetz.
- Verschärfungen beim Aufenthaltsrecht werden zu einer großen Unsicherheit unter Flüchtlingen führen.
- Und schon wieder gibt es neuartige Leistungseinschränkungen, schon wieder soll Flüchtlingen unter bestimmten Bedingungen ihr Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum vorenthalten werden. Das hatten wir auch schon einmal und es hat schmerzliche 20 Jahre gedauert, bis das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit festgestellt hat.

Wenn man das alles zusammenbetrachtet, was da im letzten halben Jahr passiert ist, muss man leider sagen: Was uns jetzt blüht, ist nichts weniger als die Rückkehr zur Abschreckungs- und Ausgrenzungspolitik der 90er Jahre – auch wenn klar ist: Es wird nicht alle Gruppen gleichermaßen treffen. Aber es wird viele treffen.

Für uns bei PRO ASYL und für den Flüchtlingsrat Niedersachsen heißt das vor allem: viel, viel Arbeit – insbesondere deshalb, weil Menschen, die faktisch hier sind und länger hier leben, von der Politik Steine in den Weg gelegt werden. Manchmal hat man das Gefühl, man fängt wieder von vorne an. Wir müssen erneut auf allen Ebenen zu überzeugen versuchen, und mit den Verantwortlichen bis hinunter zur kommunalen Ebene im Gespräch zu bleiben.

Und wir müssen dafür sorgen, dass die Zuständigen ihre Hausaufgaben machen: Im Rahmen des Möglichen müssen die Kommunen ihre Verantwortung wahrnehmen und Strukturen schaffen für nachhaltige Integration und für strukturelle Rahmenbedingungen, in denen z.B. auch Ehrenamtliche ihre Rolle sinnvoll ausfüllen können – und nicht etwa für die Erfüllung staatlicher Aufgaben missbraucht werden.

Ein anderes Beispiel ist die Einführung der Gesundheitskarte: Es ist diskriminierend, entwürdigend und im Zweifel auch gesundheitsgefährdend, wenn Asylsuchende vor jedem Arztbesuch bei einem Verwaltungsmitarbeiter um Erlaubnis bzw. den Krankenschein bitten müssen. Das Land Niedersachsen hat über den Rahmenvertrag den Weg dafür bereitet, diese bürokratische und gefährliche Hürde abzuschaffen. Nun müssen die Kommunen ihren Schatten springen – und dazu zählt ja auch die Stadt Hannover, die sich noch nicht zur Nutzung der Gesundheitskarte durchgerungen hat.

Im neuen Büro wird die Arbeit also nicht weniger werden, im Gegenteil: Es gibt viel zu tun. Was uns dabei hilft, ist zweifellos, dass in Politik und Gesellschaft nach wie vor eine große Flüchtlingssolidarität da ist. Und ich bin überzeugt: Wir haben das Recht und wir haben viele gute Argumente auf unserer Seite, um all den Zweiflern, den Ängstlichen, den rhetorischen Giftmischern, Rassisten und Hetzern, die behaupten, Deutschland sei überfordert, wirkungsvoll etwas entgegen zu setzen.

Und wir haben dabei vor allem eines auf unserer Seite: die uneingeschränkte Geltung der Menschenwürde, für die wir uns weiter stark machen werden. Meine KollegInnen von PRO ASYL und ich werden also auch künftig über das neue Büro in Hannover den kurzen Draht nach Niedersachsen behalten und weiterhin gemeinsam daran arbeiten, dass Flüchtlinge in dieser Gesellschaft menschenwürdig aufgenommen werden und leben können. In diesem Sinne: Wir freuen uns drauf.